

Es gilt das gesprochene Wort

Liebe Kolleg:innen, liebe Friedensfreund:innen,
liebe Genossen und Genossinnen

Während des Höhepunktes der nuklearen Aufrüstung Anfang der 1980er Jahre schreibt Christa Wolf die Erzählung „Kassandra“ und lässt ihre Protagonistin mitten im Krieg über unbequeme Fragen nachdenken.

- Wann hat der Kriegszustand eigentlich begonnen?
- Und wie sind wir an den Punkt gekommen, an dem es angeblich kein Zurück mehr gibt?

Sie führt dazu den Begriff des »Vorkrieges« ein, dessen Regeln - so Kassandra - es auszusprechen, niederzuschreiben und zu überliefern gelte. Nur dann könne verhindert werden, dass »in uns der leere Raum entsteht, in den der Krieg hineinströmt«

Was stünde da?« bringt es Kassandra auf den Punkt:

»Da stünde, unter anderen Sätzen: Lasst Euch nicht von den Eigenen täuschen.«

Den Vorkrieg konnten wir in Hamburg am letzten Wochenende live erleben. Parallel zu den Schülerstreiks und Sozialprotesten übten Bundeswehr und zivile Einrichtungen bei Red Storm Charlie u.a. wie verletzte Soldaten von der Ostfront in die Krankenhäuser verteilt werden können.

Wir hatten zu tun mit Kolonnenfahrten, mit Hubschrauberüberflügen. Bei Edeka und Netto konnten Notfallrucksäcke für 77€ gekauft werden.

Handelskammer und Bundeswehr führten kurz zuvor mit dem Hamburger Gewerbe das Veranstaltungsformat Red Storm Business durch. Ihr Thema: Stromausfall. Die Zivil-Militärische Zusammenarbeit nimmt in Hamburg Fahrt auf und dringt in alle Bereiche.

Neben anderen Protesten dagegen, hatten die Gewerkschaftsjungen und das Schulstreikkomitee im Anschluss an die DGB Kundgebung ins Gewerkschaftshaus eingeladen: neben dem Manöver, ging es da um die zwei Seiten der einen Medaille - Hochrüstung und Sozialabbau - und vor allen Dingen! - was hat das mit unseren Arbeitswelten zu tun?

Was sich in Hamburg im öffentlichen Dienst abspielt ist exemplarisch.

Vieles von dem was sie uns nehmen wollen, trifft fast alle Menschen in der Stadt: egal ob bei Bildung, Soziales, Gesundheit, Umweltschutz, Wohnen, Kita, Steuern – alles was mit unserer Daseinsvorsorge zu tun hat, wird über den öffentlichen Dienst plus Trägern organisiert.

Hamburg ist reich, dennoch soll gekürzt werden: Bei Schulbegleitung, offener Kinder- und Jugendarbeit, Baumpflanzungen, Spielplätzen und vielem mehr.

Der öffentliche Dienst blutet seit den 90er Jahren aus, jede 4. Stelle wurde seitdem gestrichen und jetzt legen sie nochmal nach.

Fast überall ist Stellenabbau geplant. Allein in der Finanzbehörde sollen über 100 Vollzeitäquivalente gestrichen werden, und das bei Unterbesetzung. 253 Millionen Euro Steuerschulden sind 2025 verjährt, weil nur 20% der Großbetriebe geprüft werden konnten.

Fast egal, mit welchen Kolleginnen man spricht – Überlast überall

Die Bundesregierung greift unsere hart erkämpften Errungenschaften an und schränkt Grundrechte ein. Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, Rente, Arbeitszeit, Arbeitsschutz, Gleichstellung, Informationsfreiheit, Soziale Absicherung, Schutz vor Sachgrundloser Befristung... nichts scheint mehr sicher.

In Hamburg wurde ein Kooperationsvertrag zwischen Schulbehörde und Bundeswehr geschlossen und die Regelanfrage wieder eingeführt.

Das heißt, bei jeder Neueinstellung, jeder Umbesetzung wird der Verfassungsschutz befragt, ob über die Person Erkenntnisse vorliegen. Wir haben ein Bündnis gegen die Regelanfrage gegründet und nicht geschafft, sie zu verhindern. GEW und ver.di sind Teil des Bündnisses, denn die Beschäftigten an den Schulen und der restliche ÖD sind hauptbetroffen.

Auch das gehört zum Vorkrieg -kritische Stimmen zum verstummen bringen, Angst schüren, Meinungsfreiheit einschränken. Das Bündnis richtet jetzt die Beratungsstelle ein, wir haben erste Betroffene.

Die Militarisierung greift inzwischen in viele Betriebe hinein, das Tempo ist atemraubend.

Die Bundesregierung plant das größte Verarmungsprogramm in der Geschichte dieses Landes. Sie machen ganz klar Klassenkampf von oben.

Unsere Sozialkassen werden geräubert, unser Solidarsystem der Börse und Aufrüstung anheim gegeben.

„What ever it takes“ und „stärkste Armee Europas“ sein, das bezahlen wir!

Um uns das zu verkaufen, setzen sie Kommissionen ein, zitieren Arbeitgebernahe Wirtschaftsinstitute oder nehmen den Rat der Wirtschaftsweisen an.

Keine Person aus diesen Kreisen hat Probleme in Berlin eine Wohnung zu finden und muss sich auch nicht fragen, wo das Essen für den nächsten Tag herkommt oder wovon die Heizöltankfüllung bezahlt werden soll, sie bekommen immer sofort einen Termin beim passenden Arzt, ihre Kinder werden nicht an der Front stehen.

Der Angriff auf den Sozialstaat, ist in erster Linie ein Angriff auf die Gewerkschaften, auf uns alle, denn im Windschatten werden die Arbeitgeber nicht müde gebetsmühlenartig unsere erkämpften Rechte in Frage zu stellen und mehr Tempo zu fordern. Rückenwind erhalten sie von den großen Medienhäusern.

Krieg, auch der Vorkrieg, ist unvereinbar mit unseren Interessen. Einen Krieg in Europa werden wir nicht überleben.

Unsere Antwort muss auf Klassenkampf von unten lauten. Organisieren wir uns - in den Gewerkschaften, in den Schulen, im Betrieb und im Wohnviertel.

Stehen wir zusammen!

Gegen jede Verschlechterung und lassen uns nicht gegeneinander ausspielen, egal wen es trifft, es trifft immer uns alle.